

Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Kreisverband Hannover-Land

Der Kreisparteitag der CDU Hannover-Land möge beschließen:

Der CDU-Kreisverband Hannover-Land bittet seine Bundestagsabgeordneten, in der CDU/CSU-Fraktion angesichts einer bestehenden „Lehrlingslücke“ für eine Aufwertung des Handwerks und der praktischen Berufsausbildung sowie entsprechende konkrete Maßnahmen einzutreten.

Begründung:

„Über 7000 Lehrstellen bleiben unbesetzt“, meldet die niedersächsische Wirtschaft im April 2015¹. Es gab Jahre der Klage über Lehrstellenmangel, in denen der Wirtschaft sogar mit einer Ausbildungsplatzabgabe gedroht wurde. 2004 konnte ein entsprechendes Bundesgesetz erst im Bundesrat gestoppt werden. Jetzt gibt es einen Überhang an unbesetzten Ausbildungsplätzen und die Perspektive, dass in den nächsten Jahren das Schwergewicht des Fehlbestandes nicht bei Akademikern, sondern bei Berufen besteht, die eine Lehre oder technische Ausbildung erfordern².

Demgegenüber hat der Anteil der studienberechtigten Schulabgänger 2011 einen Höchststand von 56 % erreicht und liegt auch aktuell stabil um 50 %.

Zugleich klagen Wirtschaft und Universitäten über unzureichende Fähigkeiten der Ausbildungswilligen in Bezug auf die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift und einfachstes Rechnen.

Bei den Studierwilligen fehlt es oft an den entsprechenden höheren Fähigkeiten. Entsprechend hoch mit ca. 30 % ist die Quote der Studienabbrecher. Das bedeutet, dass ca. 15 % eines jeden Schuljahrganges oft Jahre der Zeit ihrer größten Lernfähigkeit auf ein für sie nicht geeignetes Fach verschwenden. Nicht wenige andere beenden ein Studium erfolgreich, arbeiten später aber fern ihres mühsam und kostenträchtig erworbenen akademischen Abschlusses.

Währenddessen leidet das traditionelle Handwerk an Nachwuchsmangel.

¹ HAZ 4.4.2015

² FAZ 21.5.2015

Hier findet offenbar eine Fehlsteuerung statt, die im Interesse des Handwerks und der Industrie, ebenso aber auch der Schulabsolventen selbst, beendet werden muss. Gelingt dies, ist damit allen Teilen am besten gedient.

Was ist zu tun:

Die CDU als Teil der Bundesregierung muss es sich zur Aufgabe machen, das Handwerk und die praktische Ausbildung aufzuwerten. In dieser Richtung hört man aus Berlin gegenwärtig nichts.

Insbesondere muss die CDU deutlich dem verbreiteten Irrtum entgegenreten, dass nur der formal am höchsten bewertete Bildungsabschluss die besten Chancen für einen jungen Menschen bietet. Vielmehr muss allein derjenige Ausbildungsabschluss das Ziel sein, der den konkreten Fähigkeiten des Absolventen oder der Absolventin entspricht. Nur dies ist im Interesse der Jugend, aber auch unserer Wirtschaft.

Deutschland braucht nicht nur Akademiker, sondern auch Handwerker. Deutschland braucht vor allem keine jungen Menschen, die sich erfolglos durch ein Studium quälen, weil ihnen das angeblich die meisten Chancen eröffnet, und die dabei zu oft die wahren Chancen links liegen lassen, die eine praktische Ausbildung ihnen bietet.

Und Deutschland kann sich nicht leisten, dass seinem Handwerk mit dem Nachwuchs die Basis wegbricht.

Zur Verwirklichung dieses Auftrages kann sich die CDU in der Bundesregierung auf den Koalitionsvertrag, Abschnitt „Wachstum, Innovation und Wohlstand“, berufen. Dort ist das große Gewicht der beruflichen Ausbildung, auch und gerade der nicht-akademischen, betont und sein Stellenwert für die Bekämpfung des Fachkräftemangels erkannt worden.

Da für das Handwerk jedes Lehrjahr zählt, ebenso wie für die Schulabsolventen jedes Lebensjahr mit einer für sie passenden Ausbildung, müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, die mit öffentlichen Erklärungen beginnen sollten.

MIT Kreisverband Hannover-Land

Der Vorstand

Im Juni 2015